

# 5 Flucht nach vorne mit Europa

*Präsident Macrons neuer Anlauf und die deutschen Koalitionsverhandlungen.  
Wünsche an ein besseres Europa*

## Inhalt

10	Aufbruch nach Europa – die Appelle der Würdenträger .....	1
	Aufkeimende Europabewegung der Bürger .....	2
	Europapolitiker springen auf .....	3
	Chance für gemeinsames Projekt der Jamaika-Parteien vertan.....	3
	Die Realität ist durch internationale Verflechtung gekennzeichnet.....	3
15	Ist der Ansatz Macrons das richtige Mittel?.....	4
	Mehr von dem, was wir schon haben.....	4
	Deutschland ist für jeglichen europäischen Aufbruch ein Totalausfall.....	5
	Europa als Friedensmacht.....	6
	Wünsche an Europa.....	6

20

## Aufbruch nach Europa – die Appelle der Würdenträger

Alle Probleme sind global verursacht oder vernetzt, betont der neu gewählte Präsident von Frankreich, Emmanuel Macron in seiner programmatischen Rede in der Universität Sorbonne. Sie ließen sich nur mit Europa lösen – und zündet ein Feuerwerk von Vorschlägen, wie Europa agieren sollte. Er glaubt mit einer solchen Offensive, gleichzeitig den von der Globalisierung negativ Betroffenen und Globalisierungskritikern, den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Europa darf nicht zögern, sondern muss entschlossen auf dem eingeschlagenen Weg voran schreiten und die Probleme lösen, dann versammelten sich die Kritiker und die sich enttäuscht abgewandt haben, schon wieder hinter der Idee.

**Probleme sind global -  
Europa muss sie lösen**

25

30

Der französische Präsident Emmanuel Macron will zum großen Sprung ansetzen: Er will Europa vertiefen, mehr durch und mit Europa machen, Finanzen, Soziales, Militär, Umweltschutz (u.a. Dekarbonisierung), Investitionen (u.a. Digitalisierung), Wanderungen / Flüchtlinge / Migranten, Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit, und allem einen staatlichen Rahmen geben, – nicht mehr nur mit der multilateralen Absprachen im Europäischen Rat in zähen Einzelverhandlungen sich aufreiben. Dabei möchte er mit dem Hinweis auf Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten ein Wettrennen auslösen: Es möge mitmachen wer will, lasset die Toten die tote nationale Souveränität betrauern – wir schreiten ins Licht und Leben der europäischen Souveränität voran.

**Macron ruft zum großen  
Sprung für Europa auf**

40

45

Es ist die Aufforderung für einen neuen Anlauf an das lahrende Europa, auch an Deutschland nach der BT-Wahl. Es erinnert ein wenig an die Rede des Bundespräsidenten Roman Herzog mit seinem Appell, es müsse ein Ruck gehen durch Deutschland – es müsse eben ein Ruck gehen durch Europa. So ganz viel hat die

5 Rede Herzogs damals nicht bewirkt. Sie hat dem Gefühl vieler Ausdruck verliehen, dass nicht immer so kleinlich verhandelt werde, sondern man sich mal entschließt, gemeinsam aktiv zu werden, um ein Ziel zu erreichen.

### Aufkeimende Europabewegung der Bürger

10 Seit einiger Zeit gibt es auch wieder öffentliche Unterstützung aus der Zivilgesellschaft für eine Vertiefung der europäischen Politik: In regelmäßigen Abständen demonstrieren in Großstädten Europa Begeisterte unter dem Namen „Pulse of Europe“ für eine Weiterentwicklung und gegen einen nationalistischen Rückschritt europäischer Politik. Sie versammeln sich dabei unter einem zehn Punkte Programm.<sup>1</sup> Dabei enthalten nur zwei Punkte inhaltliche Aussagen für Europa: Punkt 5 die Rechtsstaatlichkeit und Punkt 6 die Freiheit, insbesondere Freizügigkeit für Personen, Sachen, Dienstleistungen und Kapital. In Punkt 7 wird die Spaltung in Arm und Reich angesprochen und das Ziel benannt, dass dieser und anderer Spaltungen der Gesellschaft entgegen gewirkt werden soll. Aber es gibt

In Deutschland sind viele Bürger bereit, dem Ruf zu folgen

#### <sup>1</sup> „ZEICHEN SETZEN FÜR DIE ZUKUNFT EUROPAS

Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass es auch in Zukunft ein vereintes, demokratisches Europa gibt – ein Europa, in dem die Achtung der Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit, freiheitliches Denken und Handeln, Toleranz und Respekt selbstverständliche Grundlagen des Gemeinwesens sind.“

Worum geht es?

1. Europa darf nicht scheitern

Die Europäische Union droht zu zerfallen, wenn nicht alle, denen Europa wichtig ist oder die auch nur davon profitieren, aktiver werden und zumindest wählen gehen. Die kommenden Jahre sind von existenzieller Bedeutung. Für die europäische Idee geht es jetzt um alles!

2. Der Frieden steht auf dem Spiel

Die Europäische Union war und ist in erster Linie ein Bündnis zur Sicherung des Friedens. Wer in Frieden leben will, muss sich für den Zusammenhalt der europäischen Zivilgesellschaft stark machen. (Macron will den Siegfrieden in den ehemaligen Kolonien)

3. Wir sind verantwortlich

Jede und jeder ist für das Scheitern oder das Gelingen unserer Zukunft verantwortlich. Niemand kann sich herausreden: Zu hoffen, es werde schon alles gut gehen, ist brandgefährlich. Europa braucht jetzt jeden Menschen. Alle Teile der Gesellschaft haben die Pflicht, destruktiven und rückwärtsgerichteten Tendenzen entgegenzutreten, denn Demokratie scheitert nicht an ihren Gegnern, sondern an der Untätigkeit der Demokraten. Europa darf sich nicht spalten lassen.

4. Aufstehen und wählen gehen

Lasst uns den europäischen Gedanken wieder sichtbar und hörbar machen. Gebt ausschließlich europafreundlichen Parteien eure Stimme. Wir sind überzeugt, dass die Zahl der Menschen, die der europäischen Idee positiv gegenüberstehen, viel größer ist als die der Europa-Gegnerschaft. Wir müssen aber viel lauter sein, um uns Gehör zu verschaffen und mit unseren Überzeugungen durchzudringen. Wir wollen die schweigende Mehrheit aufrütteln.

5. Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit sind unantastbar

In Teilen Europas werden bereits Grundrechte eingeschränkt – dem muss entgegengetreten werden. Gewaltenteilung und Rechtssicherheit sind in ganz Europa zu gewährleisten. Staatliches Handeln darf nur auf Grundlage rechtmäßig erlassener Gesetze erfolgen. Unabhängige Gerichte und die Presse müssen weiterhin ihre Kontrollaufgabe wahrnehmen können.

6. Die europäischen Grundfreiheiten sind nicht verhandelbar

Personenfreizügigkeit, freier Warenverkehr, freier Zahlungsverkehr und Dienstleistungsfreiheit – die europäischen Grundfreiheiten – sind historische Errungenschaften, die aus Nationalstaaten eine Gemeinschaft geformt haben. Sie sichern individuelle Freiheit und ermöglichen Wohlstand. Eine Beschneidung der Grundfreiheiten würde dramatische wirtschaftliche und persönliche Folgen auslösen. Nur durch die Gesamtheit der Grundfreiheiten wird die ausgewogene Verknüpfung von Rechten und Pflichten sichergestellt. Sonderwege und Ausnahmen führen zu einer Erosion der Gemeinschaft.

7. Reformen sind notwendig

Die Europäische Union muss erhalten werden, damit sie verbessert werden kann. Umgekehrt gilt aber auch: Wenn sich die EU nicht weiter entwickelt, wird sie nicht erhalten bleiben. Nationale Interessen sollen hinter europäischen zurückstehen. Wer austritt, wird jedenfalls nicht mitgestalten. Die europäische Idee muss wieder verständlicher und bürgernäher werden. Sie sollte von unten nach oben getragen werden. Einer Spaltung innerhalb der Bevölkerung ist entgegenzuwirken, das gilt auch für den Unterschied zwischen Arm und Reich.

8. Misstrauen ernst nehmen

Die Europäische Union ist kein Selbstzweck. Ihre Aufgabe ist, Lösungen für die Themen zu finden, die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich wichtig sind. Es muss eine Fokussierung auf die wesentlichen Herausforderungen unserer Zeit stattfinden. Bedenken gegen die Europäische Union müssen gehört und an deren Ursachen muss gearbeitet werden, so dass Ängste in Zuversicht gewandelt werden können. Europa soll wieder Freude bereiten!

9. Vielfalt und Gemeinsames

Die Vielfalt innerhalb Europas ist großartig. Sie zu erhalten und regionale und nationale Identitäten zu wahren, muss europäisches Programm sein. Gleichzeitig verbindet uns so viel. Vielfalt und Gemeinsamkeit sind gar kein Widerspruch, und niemand muss sich zwischen regionaler, nationaler und europäischer Identität entscheiden. Die Sprachbildung muss unbedingt intensiviert werden, damit wir uns besser verstehen.

10. Alle können mitmachen – und sollen es auch

Pulse of Europe ist eine Bürgerbewegung für die europäische Zivilgesellschaft – überparteilich und überkonfessionell. Alle, die sich auf die europäische Grundidee einlassen, können sich als Europa-Aktivisten einbringen. Der europäische Pulsschlag muss wieder spürbar werden.

Let's be the Pulse of Europe!

5 kein Wort davon, wie es dazu kommen konnte und wie die Bekämpfung geschehen könnte und sollte. Zu erwägen, dass die EU vielleicht gerade eine Ursache oder fördernde Struktur für diesen gesellschaftlichen Trend sein könnte, kommt diesen Euphorikern Europas gar nicht in den Sinn.

#### 10 **Europapolitiker springen auf**

Jean Claude Juncker, der Kommissionspräsident, hat auch schon in einer viel beachteten Rede die konsequentere Verwirklichung der Ziele der Europäischen Union angemahnt.

15 Auch der Ratspräsident Donald Tusk meldet sich daraufhin zu Wort, um anscheinend klar zu machen, dass er die zentrale Figur sei, wenn es um die Zukunft der Union geht.

Jeder dieser führenden Köpfe gestaltet seine Vision von einem stärkeren Europa so, dass er selbst damit gestärkt wird.

#### 20 **Chance für gemeinsames Projekt der Jamaika-Parteien vertan.**

Und hätte das nicht das Gemeinsame große Dritte, **das** Projekt der neuen Bundesregierung, sein können, auf das sich alle vier pro europäischen Parteien, die in Koalitionsverhandlungen standen, hätten einlassen können.

25 Bei den Koalitionsverhandlungen in Deutschland bekannten sich zwar die beteiligten Parteien zu Europa, fingen aber erst einmal im Klein-Klein an und sagten: Die Finanzen verteilen wir an unsere Klientel. Darüber hinaus gibt's nix – auch und gerade nicht für Europa. Sonst erläutern sie dem Publikum vollmundig, dass Deutschland von Europa doch weit mehr profitiere als es netto in den europäischen Haushalt einzahle.

30 Ist das zu kleinmütig, wird eine historische Chance verpasst, den ins Stocken geratenen Zug nach Europa wieder flott zu bekommen und dieses historisch scheinbar so erfolgreiche Projekt des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte zu neuen Ufern zu führen?

35 Gerade die FDP, die das Fehlen eines gemeinsamen Projektes der angestrebten neuen Regierung als einen Grund für das Scheitern der Verhandlungen genannt hat, hat zu Europa aber nur finanzielle Bedenken vorgetragen. Die vier Parteien verhandelten gemessen an der Vision von Macron über Peanuts. Nur den Status quo zu verwalten, nimmt den populistischen Parteien keinesfalls den Wind aus den Segeln. Und hie und da einer Klientel ein Zuckerli hinzuwerfen, oder gar ihr nur zu beweisen, dass man sie vor Ansprüchen der Gegner geschützt habe, wird auch keinen Erfolg haben. Den Nationalismus bekämpft man nicht mit halbem und drucksendem Nationalismus. Haben nicht gerade Bayern und Sachsen bei der Bundestagswahl gezeigt, wie das patriotische Gerede der CDU/CSU in diesen Ländern der AfD geholfen hat – die ganze öffentliche Stimmung in diese Richtung zu drängen? Eine andere Agenda braucht auch eine andere Vision.

#### 40 **Die Realität ist durch internationale Verflechtung gekennzeichnet.**

Und es stimmt ja auch: Die internationale Arbeitsteilung und Vernetzung ist enorm. Nicht nur Bananen, Kaffee, Tee, Baumwolle, unsere Bekleidung und viele Rohstoffe u.a. bekommen wir nur noch aus fernen Weltgegenden, auch z.B. die Versorgung mit Arzneien hängt von den Vorlieferanten in China und Indien ab. Erst Recht bei den modernen Kommunikationsmitteln und Computern. Da kommt Europa sozusagen gar nicht mehr als Mitspieler vor, son-

**Real wird aber im Klein – Klein der persönlichen Interessen der Politiker agiert**

**Verzagtheit und weiter machen im Klein, Klein alter Klientelpolitik hilft mit Sicherheit nicht gegen Vormarsch der Rechtspopulisten**

**Zurück zum Nationalstaat und Autarkie ist keine Option**

5 dern nur noch als abhängiger Konsument und Importeur. Ohne großen Schaden für alle ist die internationale Arbeitsteilung nicht zurückzudrehen. So blöd, wieder Autarkievorstellungen aus der Mot-  
10 tenkiste der Geschichte hervorzukramen, kann eigentlich niemand sein<sup>2</sup>. Lösungen für die anstehenden Aufgaben und aufgetretenen  
15 Probleme lassen sich überwiegend nur bei internationaler Zusammenarbeit finden. Großbritannien ist kein Gegenbeispiel: Die Parteien, die den Brexit durchführen, wollen ja auch Globalisierung, nur eben zu eigenen Bedingungen und Regeln z.T. mit nostalgischen Erinnerungen an das Commonwealth, nicht zu denen der EU.<sup>3</sup>

Ist es also nicht nur sachlich richtig und sondern auch an der Zeit, neu zu beginnen?

### Ist der Ansatz Macrons das richtige Mittel?

20 Ja, verspricht denn ein neuer Ansturm, ein neuer Anlauf für den großen Sprung wirklich Lösungen? Können die Kritiker überzeugt und zum Mitmachen gewonnen werden? Kann mit Hurra – Gebrüll ein neuer Europa-Patriotismus geweckt werden? Gab es so etwas, außer in Westdeutschland, jemals in anderen Ländern? Und könnte er jetzt zumindest in Frankreich entstehen und in Deutschland wieder zu neuem Leben auferstehen?

#### Mehr von dem, was wir schon haben

Das Problem mit dem von Macron propagierten erneuten Aufbruch nach Europa, oder zu einer vertieften europäischen Einigung, liegt m.E. nicht in der Unfähigkeit der Massen, sich neu für ein Projekt des Friedens, der Demokratie und des Wohlstandes in Gleichheit zu begeistern: Macron will mehr von dem, was wir schon haben. Er will einen neuen Anlauf nehmen, um einen großen Schritt oder gar Sprung in die gleiche Richtung auf dem Weg voran zu kommen, der in dieses Gestrüpp von Widersprüchen und Gegnerschaften geführt hat. Er will mehr TTIP, CETA und solche Abkommen. Er will Europa als gestaltende imperiale Macht auf der Welt wieder etablieren. Er will den Menschen mehr von der Wirtschaft und Gesellschaft bringen, von der sich immer mehr abwenden. Weder ruft Macron einen demokratischen Aufbruch<sup>4</sup> aus, noch verbindet er seine Vorschläge mit der Möglichkeit, mehr zu regionalisieren<sup>5</sup>. Er malt die Konkurrenz auf dem Weltmarkt als Schlachtgemälde von Giganten aus, auf dem Europa mithalten und dafür groß und stark werden müsse, und fordert sozusagen dafür Opfer von seinem Volk und anderen Völker, um diesen Kampf zu bestehen. Er will mehr von oben bestimmen – obwohl immer mehr Bürger im Gegenteil wieder mehr im ihrem Erfahrungsrahmen fühlbar und wirksam demokratisch Einfluss ausüben wollen.

**Macron will mehr von dem, was wir schon haben**

<sup>2</sup> Manchmal hat man bei denjenigen, die davon schwärmen, lokale Produkte einzukaufen, den Eindruck, sie glaubten wirklich daran, das sei ein Modell für die Gesamtwirtschaft. Dabei hüten die sich sowieso, überhaupt zu definieren, was lokale Produkte sein sollen.

<sup>3</sup> Das Projekt Bildung der FDP ist dagegen national, und die Vorstellung, Schäuble auch inhaltlich zu beerben: an den öffentlichen Bundeshaushalt sparen, sind scheinbar weitgehend nur nationale Projekte. Aber die darin enthaltene Ablehnung, auch in Europa zu neuen Finanzbeziehungen zu kommen, ist diese gefährliche Kleinstaaterei eines sich stark fühlenden Landes.

<sup>4</sup> Den neuen Vorsitzenden seiner neuen Partei, die er Bewegung nennt, setzt er quasi von oben ein und lässt ihn vom Parteitag nur noch abnicken. Nichts mit neuen Willensbildungsprozessen von unten.

<sup>5</sup> Er kennt dabei nicht die vielen Ansätze der Regionen wie Schottland, Katalonien, Korsika usw. usf., die sich „ihr Land zurückholen wollen“. Siehe dazu gesonderten Beitrag.

- 5 Macron macht gleichzeitig mit Hinweis auf die Globalisierung und Konkurrenz in Europa seine „Arbeitsmarktreformen“ – im Prinzip das Gleiche, was in Deutschland unter der Agenda 2010 zur Verstärkung der sozialen Spaltung und Zersplitterung der Parteienlandschaft geführt hat.
- 10 Er will eine gemeinsame weltweit agierende Eingreiftruppe – also kurz: Europa als Ersatz für Frankreich als Imperialistische Macht neue Stärke einhauchen.<sup>6</sup> Ist das nicht nur eine neue Fremdenlegion?

**Macron und die Kommission wollen verstärkt in die gleiche Richtung, die uns in die wachsende Ablehnung Europas gebracht hat**

- 15 Macron verschiebt – anscheinend mit Zustimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung – das Recht des Ausnahmezustandes im Anschluss an die Attentate in Frankreich in das normale Sicherheitsrecht. Die Polizei kann jetzt gegen Menschen vorgehen, die nichts getan haben. Sie muss sie nur als „Gefährder“ bezeichnen. Die Mehrheit der Franzosen glaubt wohl, sie beträfe das nicht – sondern „nur“ die Muslime. Trotz der Zustimmung aus Angst: Mehr Demokratie erwächst daraus nicht. Es ist die Ausgrenzung von Minderheiten als Gruppe. Und jeder und jede kann plötzlich zu einer Gruppe gehören, die ausgegrenzt wird.

- 25 Sollen so die neuen Arbeitsplätze entstehen? Das scheint eher darauf hinaus zu laufen, dass die Migranten in den Banlieues die Chance erhalten, Söldner in der europäischen Eingreiftruppe, zu werden – wie im Vietnamkrieg die Farbigen aus den Slums der USA überwiegend die kämpfende Truppen stellten<sup>7</sup>? Und für die besser Gebildeten werden Posten in der dann boomenden Rüstungssparte geschaffen werden, mit ihren Aufgaben, intelligente Zerstörungs- und Tötungsmaschinen zu entwickeln und effektiv den Cyberkrieg zu führen?<sup>8</sup> Gleichzeitig sollen aber die Sicherheit und die Höhe der Bezahlung der Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit sinken.

**Macrons Arbeitsmarktpolitik treibt zusätzliche Massen ins gegnerische Lager, ohne neue für Europa zu gewinnen**

- 30
- 35 Sieht so der Aufbruch in eine neue Phase von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Gleichheit aus?

#### Deutschland ist für jeglichen europäischen Aufbruch ein Totalausfall

- 40 Der notwendige Partner, Deutschland, beschäftigt sich derweil mit anderen Dingen. Die potentiell Regierenden spielen das Koalitionsspiel anscheinend mit den Figuren und Inhalten, die sie auf der Wahlkampfbühne gestellt haben. In den Sondierungsgesprächen der potentiellen Jamaika – Koalitionäre spielte Europa anscheinend nur eine untergeordnete Rolle – außer dass man sich einig war, alle vier seien pro Europa Parteien.

**In Deutschland verzetelten sich die Jamaika-Koalitionsverhandlungen und die Medien im krämerischen: Wir zahlen nix**

- 45 In unseren Medien werden die Chancen, dass Macron in Deutschland einen aktiven Partner findet, mehr oder weniger distanziert von außen betrachtet: Der forsche, junge französische Präsident, mit seinen Visionen gegenüber der im Klein-Klein erfahrenen Bundeskanzlerin. Gönnerhaft vielleicht noch: Der junge Heißsporn will einfach zu viel<sup>9</sup>. Die weniger Wohlmeinenden schauen nur auf die deutschen öffentlichen Finanzen: Der Vorstoß Macrons sei lediglich ein neuer Versuch, die Deutschen für die Schuldenmacherei der Südeuropäer haftbar zu machen und zahlen zu lassen.
- 50

<sup>6</sup> Dafür wäre die FDP gar nicht knausrig und will 3% des BIP für Rüstungsausgaben aus dem Bundeshaushalt springen lassen! Mal sehen ob sie auch nur im Entferntesten so viel mehr aus dem Bundeshaushalt für Bildung bereit ist aufzuwenden?

<sup>7</sup> Und dennoch oder deswegen ist es dann zu den Rassenunruhen der 1960er Jahr in den USA gekommen. Nicht einmal eine innere Befriedungsstrategie wären solche Jobaussichten.

<sup>8</sup> Die Grünen wären dann mit dem Frauenministerium für den Girls Day am Auslöseknopf der Bombendrohnen zuständig.

<sup>9</sup> Siehe u.a. den Kommentar von Stefan Kornelius in der Süddeutschen Zeitung vom 25.11.2017 S 4

5 Wenn die bisherigen Einzahlungsüberschüsse Deutschlands in die europäischen Kassen als gute Investitionen bezeichnet werden, warum kann Deutschland nicht wieder einmal in so eine kluge Politik investieren? Und die idiotischen dauernden Zahlungsbilanzüberschüsse<sup>10</sup> dadurch abbauen?

#### 10 **Europa als Friedensmacht**

Ja, es ist richtig: Die Europäische Einigung hat in seinem Westteil den internen kriegerischen Hass überwunden. Die Westmächte haben aber die ganze Zeit koloniale Kriege in anderen Weltgegenden weiter geführt. Deutschland hat sich seit der Wende zunehmend daran auch mit Kampfeinsätzen beteiligt, auch ohne UNO-Mandat. Und mit dem Kosovo ist der Krieg mit Beteiligung von EU Staaten auch nach Europa zurückgekehrt. Jetzt soll Europa auch noch massiv wieder aufrüsten. Und Macron fordert eine Europäische Streitmacht, die auch im Ausland eingesetzt werden soll, ohne dass Länder der EU militärisch angegriffen werden. Fällt damit nicht das entscheidende und überzeugendste Argument für Europa als Friedensmacht weg? Leider ja: Die Großmachtträume nach außen und die Spaltung der Gesellschaften nach innen in materieller Hinsicht, aber auch die Abkehr von Toleranz und Hinwendung auch zur inneren Unterdrückung aus ideologischen Motiven, lassen das Bild von einem guten Europa verblassen. Aber auch ich meine, Europäische Zusammenarbeit ist nötig für das Wohl der hier lebenden Menschen – und dass in der Welt nicht wieder der Schreckensschrei bezogen auf Europäer gilt: „Die Weißen Kommen“<sup>11</sup>!

**Europa ist nach außen  
keine Friedensmacht**

#### 30 **Wünsche an Europa**

Ja, weil Europa weiterhin eine Chance sein könnte, Friedensmacht, und demokratische Wohlstandsregion der Freien in der Welt zu sein und so für ein gelungenes Leben in freier Selbstbestimmung ein Vorbild zu werden, nenne ich meine Wünsche und Vorstellungen an eine Europäische Union der Willigen:

1. Friedenspolitik soll heißen, Rüstungs- und außenpolitischen Grundsätze für zu bildende Europäische Streitkräfte von Staaten, die keine imperialistische Außenpolitik betreiben wollen:
  - 1.1. Keine Auslandseinsätze der europäischen Streitkräfte, wenn nicht ein Land der europäischen Verteidigungsgemeinschaft direkt militärisch von staatlichen Armeen angegriffen wird. Angriffe von kriminellen Banden sind keine staatlichen Angriffe. Kriminelle Banden werden mit polizeilichen Mitteln bekämpft. Auch keine Kampfeinsätze im Auftrag der UNO.
  - 1.2. Keine Politik des Regime Change, keine militärische Aufrechterhaltung erwünschter Regime, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten gegenüber nicht zu den Vertragsstaaten gehörenden fremden Ländern durch europäische Politik.
  - 1.3. Vereinigung der Streitkräfte mit solchen Ländern, die diese Verteidigungspolitik bereit sind, mitzumachen. (Wenn sich Regionen, die mitgemacht haben, entschließen auszutreten und eine abweichende Politik zu machen, müssen klare Scheidungsregeln vereinbart sein.)
  - 1.4. Mit ihnen gemeinsame Rüstungsprojekte wie z.B. Raketenabwehr entwickeln und bauen.
2. Grundrechte stärken

<sup>10</sup> Siehe dazu meinen Beitrag „Die Schwächen eines Exportweltmeisters“ vom 12.11.2013 unter <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20131112.pdf>

<sup>11</sup> Titel des Buches von Gert v. Paczensky „Die Weißen kommen“ Die wahre Geschichte des Kolonialismus Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1970 ISBN 3455059007

- 5 2.1. Europarat stärken, insbesondere die Verbindlichkeit der Gerichts-  
entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschen-  
rechte durchsetzen.
- 2.2. Auch soziale Grundrechte durchsetzbar vereinbaren.
- 2.3. Die Korruptionskrise zu einer Reform nutzen, dass Generalsekre-  
täre auch abgesetzt und Länder suspendiert werden können.
- 10 3. Bildung als Grundrecht behandeln – jeder hat ein Anrecht auf freie  
Bildung seinen Fähigkeiten und Interessen gemäß einmal im Leben  
und kontinuierliche Fortbildung.
4. Wirtschaftsdemokratie einführen
- 15 4.1. „*Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle  
der Allgemeinheit dienen.*“ GG A 14 verwirklichen und in dem  
Sinne auch in Europa wirken.
- 4.1.1. Fairen Außenhandel durchsetzen – siehe meine Beitrag zur  
Globalisierung [http://www.bremer-  
verhaeltnisse.de/data/20161124.pdf](http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20161124.pdf)
- 20 4.1.1.1. Eurogebiet auf die passenden Volkswirtschaften ver-  
kleinern.
- 4.1.1.2. Griechenschulden streichen, ESM und das ganze  
Schuldenregime abschaffen – es ist eine halbkoloniale  
Einrichtung. Nicht zum Europäischen Währungsfond wei-  
ter entwickeln. Der IWF ist ja auch solch ein kolonialisi-  
erendes internationales Regime, das ich nicht will.
- 25 4.1.2. Nicht investierte Gewinne abschöpfen und so investieren,  
dass Arbeitsplätze in Europa da zusätzlich entstehen, wo sie  
am dringendsten gebraucht werden. Investitionslenkung der  
nicht investierten Gewinne.
- 30 4.1.3. Regionen „müssen den rechtlichen Rahmen und die techni-  
schen Fähigkeiten entwickeln, um nicht bloß ihre physischen,  
sondern auch ihre digitalen Grenzen zu schützen.“ (SZ Fern-  
ausgabe vom 4.11.17 S 24)
- 35 4.1.4. Produktivität der Arbeit und gesellschaftlichen Teilnahme  
erhöhen. Standardisierungs-Normen (wie die ehemalige DIN –  
Deutsche Industrienorm und u.a. die jetzigen EN wichtige Be-  
tätigungsfelder sind). Jede Region kann mitmachen. Welche  
abweicht, errichtet ein nicht tarifäres Handelshemmnis.
- 40 4.1.5. Nachhaltigkeit der Produktion, der Verteilung, des Ver-  
brauchs und der Entsorgung erhöhen
- 4.1.6. Mehr koordinierte europäische Infrastruktur
- 4.1.7. Mehr Forschung in öffentlicher Hand, z.B. Arzneimittelfor-  
schung für Krankheiten, die die Pharmaindustrie wirtschaft-  
lich nicht interessiert.
- 45 4.1.8. Freihandel mit AKP-Staaten dahingehend verändern, dass  
sie Schutzzölle und andere Schutzmaßnahmen ergreifen dür-  
fen, ohne mit Gegenmaßnahmen bestraft zu werden.
- 50 4.1.9. Grundversorgung mit Wasser und Verkehrsinfrastruktur ein-  
schließlich Energie und Kommunikation (Leitungen) öffent-  
lich betreiben. Funkwellen und Satellitenstandorte können  
kein Privateigentum werden. Sie können auf Zeit zur privaten  
Nutzung ausgeschrieben und versteigert werden.
- 55 5. Öffentliche Finanzen und Abwehr von Steuer-, Lohn-, Sozial- und  
Umweltdumping.
- 5.1. Die Außengrenzen müssen nicht nur bei Personen kontrolliert  
werden. Auch der übrige wirtschaftliche Verkehr muss den Best-  
immungen der regelnden Einheiten unterworfen werden – seien es

5 nun die Regionen, Staaten<sup>12</sup> oder die Europäische Union als Ganzes.

5.2. Steuerflucht und Steuerdumping effektiv bekämpfen. Steuerwettbewerb unterbinden.

6. Recht auf Arbeit und Arbeitspflicht, wo zum Gemeinwohl zu allgemeinen Arbeitsbedingungen verfügbar und zumutbar. (Recht auf Nichtstun für diejenigen, die dabei Sozialkassen nicht belasten, bleibt unbenommen).

7. Freizügigkeit aber keine Migrationspflicht innerhalb der verbleibenden Euroländer. Schengen-Abkommen zur Freizügigkeit ist ein zu großer Rahmen, so lange so hohe Arbeitslosigkeit in vielen Regionen herrscht. Es führt zum ständigen Druck einer „Reservearmee“ von Arbeitslosen auf den Arbeitsmarkt. Und gleichzeitig zur Ausdünnung von Fachkräften, in vielen Regionen – z.B. Ärzten auf dem Lande und in ärmeren Ländern.

7.1. Einwanderung von außen mit Einwanderungsgesetz steuern.

8. Demokratische Teilnahme

Einheitliche Euroländer-Bürgerschaft mit allen Rechten und Pflichten am Wohnort. Aber nicht an mehreren Orten gleichzeitig – (Problem der doppelten Staatsbürgerschaften).

Wegen des generellen Problems der lokal gebundenen Demokratie einerseits und der funktionalen Zusammenhänge in Gesellschaft und der sich völlig verändernden Öffentlichkeit andererseits, müssen weitere, digitale, Beteiligungsformen in anderen gesellschaftlichen Bereichen gesucht werden. Die Piratenpartei hat da schon experimentiert und Erfahrungen gesammelt.

8.1. Klare Trennung von Übergeordneten Rahmengesetzgebung und regionalen Ausprägungen. Insbesondere auch bei Steuern und Abgaben – Regionalismus ermöglichen.

9. Öffentlichkeit stärken

9.1. Internet und die öffentlichen Marktplätze z.B. der sozialen Medien öffentlicher Regulierung nach rechtsstaatlichen Prinzipien und Verfahren unterwerfen. (Google – Alphabet, Facebook usw. sind die Marktplätze von heute. Sie gehören zur öffentlichen Infrastruktur und sind keine privaten Medien, auch wenn sie die meisten für private Nachrichtenübermittlung nutzen)<sup>13</sup>. Öffentliche Plattformen, Märkte, Foren, die zu Monopolen neigen, als öffentlichen Raum betrachten und regulieren. Teilnahmerecht für jede Person, die dort aber verantwortlich handelt. Man kann als Anonymus auftreten, muss sich bei Gesetzesübertretungen aber verantworten – Name und Adresse sind hinterlegt. Wo es regional unterschiedliche Regelungen gibt, können diejenigen von regionalen Märkten, Plattformen und Foren ausgeschlossen werden, die die regionalen Gesetze verletzen. Es darf aber nicht die passive / lesende / konsumierende Teilnahme in einer Nachbarregion ausgeschlossen, verboten, unterdrückt und verhindert werden. Und im Internet sind alle Länder Nachbarn. Ein Nachbar muss es daher dulden, dass im Nachbarland Inhalte kommuniziert werden, die in der eigenen Region nicht zulässig sind.

9.2. Alle Geldflüsse mit Beziehung zur Öffentlichkeit und öffentlich Bediensteten und öffentlichen Auftragnehmern nachvollziehbar machen.

<sup>12</sup> Der Außenhandel der Staaten der EU wird auch innerhalb des Gemeinsamen Binnenmarktes durchaus als Ex- bzw. Import registriert und kontrolliert. Schon wegen der unterschiedlichen Mehrwertsteuern in den verschiedenen Ländern der EU wird beim Export die im Inland angefallene Mehrwertsteuer zurück erstattet und die Mehrwertsteuer und die Waren mit der Mehrwertsteuer des Ziellandes belastet.

<sup>13</sup> Ich bin etwas zweifelhaft, weil die Milliarde von Menschen selbst die kleinste Unbequemlichkeit scheuen und sich bedenkenlos den Datenkraken ausliefern – was sie ja nicht müssten, ob das überhaupt dem Willen der Mehrheit entsprechen könnte. Ich erwäge den Datenschutz als ein von den Massen gar nicht gewünschtes Grundrecht aufzugeben.



5 10. Soziale Grundrechte europaweit absichern<sup>14</sup>

10.1. Europäische Sozialversicherung sozusagen als Rückversicherung für die Sozialversicherungen der Länder und Regionen,

10.2. Mindesteinkommen muss bei einem Vollarbeitstag nach Kaufkraftstandards in jeder Region reichen, um 1½ Personen zu unterhalten und aufzuziehen.

10 10.3. Kosten der Kindererziehung und ihr Lebensunterhalt sind öffentliche Aufgabe und erfolgen aus den Gemeinschaftskassen – aber kein Flickenteppich der Förderinstitutionen. Bedingungsloses Grundeinkommen der Kinder nach Kaufkraftstandards. (Kein Ehegattensplitting etc. pp. zusätzlich. Ist aber eher eine in den Regionen zu verhandelnde und zu Regelnde Angelegenheit.)

15 10.4. Kranken- und Pflegeversicherung einheitlich für alle Mitglieder einer Gesellschaft.

20 10.5. Rentenversicherung – alle müssen einzahlen, Auszahlung nach Kaufkraftstandards in der Region<sup>15</sup>

Ja, ein Europa des Friedens, der Wohlfahrt, der Menschenrechte, der demokratischen Teilhabe auf verschiedenen Ebenen und des sozialen Ausgleichs könnte auch mich wieder begeistern. Es könnte ein grenzüberschreitendes Projekt werden, an dem sehr viele aktiv teilnehmen und große Massen zustimmen könnten. Die Bedrohung des Zerfalls und des Abgleitens in undemokratische Zustände<sup>16</sup> wäre für lange Zeit wieder gebannt.

30 Wenn es noch eine Chance gäbe, Europa wieder mit Wenigen neu zu beginnen, dann jetzt mit Präsident Emmanuel Macron in Frankreich – aber das Verhalten der Parteien in Deutschland lassen nicht im Ansatz erkennen, dass sie sich bewusst sind, die für lange Zeit letzte Chance zu verpassen.

---

<sup>14</sup> „Das zentrale Problem ist demnach nicht nur, dass die EU zu wenig sozialen Fortschritt herbeiführt, sondern die Verletzung sozialer Rechte durch europäische Politik selbst. ... Am 17. November 2017 verabschieden die Staats- und Regierungschefs auf Vorschlag der Kommission auf dem EU-Sozialgipfel in Göteborg die Europäische Säule Sozialer Rechte (ESSR). ... es ist nicht zu erwarten, dass sich dadurch viel ändert. ... Als Proklamation des Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission ist die Säule rechtlich nicht bindend. ... Die EU braucht eine wirtschafts- und sozialpolitische Neuausrichtung, die den Bestand sozialer Rechte – inklusive der nationalen sozialen Sicherungs- und Tarifvertragssysteme – respektiert und nicht länger untergräbt. Dies gilt im besonderen Maße für die Eurozone. Von einer nicht-bindenden Empfehlung individueller sozialer Rechte allein ist diese Neuausrichtung nicht zu erwarten. ... Um das Ziel einer langfristigen Konvergenz im Sozialbereich aber nicht aus den Augen zu verlieren, wären europäische Mindeststandards bei Arbeitslosigkeit, für Grundsicherungssysteme, die Altersversorgung und Mindestlöhne ein denkbarer Weg.“ aus Internationale Politik und Gesellschaft vom 14.11.2017 Autor Daniel Seikel.

<sup>15</sup> Eine europäische Altersversorgung gibt es m.W. außer für die EU Beamten nicht im Ansatz. Auch da wäre ein regionaler Ansatz denkbar: Europäische Rentenkasse und die Regionen entscheiden, wieviel sie für ihre Einwohner einzahlen und dadurch Anrechte erwerben. Das wäre dann ein wenig wie bei der betrieblichen Altersversorgung, mit der die Firmen ggf. werben. Es muss dann auch europäische Mindeststandards geben, die nach Kaufkraftparitäten für die einzelnen Regionen unterschiedlich angerechnet werden. (Nicht jeder Immobilienhype wird durch höhere Zahlungen in der Grundsicherung befördert). Alle Einkommen würden proportional herangezogen, aber es gäbe bei der Auszahlung eine Untergrenze, die nicht unter- und eine Obergrenze, die nicht überschritten werden dürfte. Solch eine Regelung hätte eine Komponente der Umverteilung, weil die unteren Einkommen mehr und die oberen weniger heraus bekommen, als sie eingezahlt haben. Die kürzere Lebenserwartung der unteren Einkommensbezieher wird bei der Überlegung noch gar nicht berücksichtigt.

<sup>16</sup> Demokratie und Regionalisierung im Verhältnis zu Rechtsstaat und Grundrechten siehe gesonderten Beitrag.